

1 **Beschluss der LiSL-Bundesmitgliederversammlung**

2 **am 7.11.2015 in Stuttgart**

3

4 **Einsatz für die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen,**  
5 **Transgender und Intersexuellen**

6

7

8 **Grundlagen**

9 Weltweit werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder  
10 geschlechtlichen Identität diskriminiert und verfolgt. Es ist eine Aufgabe der  
11 internationalen Menschenrechtsarbeit, sicherzustellen, dass auch Lesben, Schwule,  
12 Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (verkürzt mit dem englischen LGBTI)  
13 respektiert werden.

14 Wir stellen dazu fest, dass sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität in der  
15 Natur des Menschen veranlagt sind. Es handelt sich nicht um Lebensstile, die man  
16 bewusst wählen oder abwählen kann, oder Handlungsweisen, die Menschen anezogen  
17 oder abgewöhnt werden können. Wer Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung  
18 oder geschlechtlicher Identität verfolgt, zielt auf ihr Wesen und auf ihre Persönlichkeit  
19 und strebt nach physischer oder psychischer Zerstörung dieser Menschen. Deshalb  
20 betrifft der Schutz von LGBTI den Kern der Menschenrechtsarbeit, nämlich das Recht  
21 jedes Menschen auf individuellen Schutz seiner /ihrer Person und seines/ihrer Strebens  
22 nach Glück und persönlicher Verwirklichung.

23

24 **Menschenrechte**

25 In der Yogyakarta-Deklaration werden 23 Prinzipien zur Anwendung der Menschenrechte  
26 auf LGBTI dargelegt.

27 Wir fordern dazu auf, die Prinzipien der Yogyakarta-Deklaration als verbindliche  
28 Grundlage der Menschenrechtsarbeit anzuerkennen und aktiv für Ihre Umsetzung zu  
29 arbeiten.

30

31 **Außenpolitik**

32 Die deutsche Außenpolitik muss darauf hinwirken, dass weltweit Diskriminierung und  
33 Verfolgung von LGBTI-Personen beendet wird. Dazu

- 34 - sollen Fragen zum Respekt der Menschenrechte von LGBTI in bestehende und  
35 neu initiierte Menschenrechtsdialoge mit anderen Ländern eingebunden werden.  
36 - Soll Deutschland international die Initiative für Projekte und Positionen  
37 betreffend der Menschenrechte von LGBTI ergreifen oder die Initiativen anderer  
38 Länder unterstützen.

39 - muss die vom damaligen Außenminister Dr. Guido Westerwelle ausgegebene  
40 Anweisung an alle deutsche Botschaften und Konsulate, regelmäßig über die  
41 Situation von LGBTI zu berichten, aufrechterhalten und in der Praxis auch  
42 umgesetzt werden.

43 Menschenrechtspolitik ist Führungsaufgabe des Außenministers. Klare Botschaften an  
44 andere Staaten müssen von ihm ausgehen. Doch der deutsche Außenminister schweigt -  
45 zu Strafverschärfungen in einigen afrikanischen Staaten und einer weiter schwieriger  
46 gewordenen Situation in Russland. Es ist ein Rückschritt der deutschen Außenpolitik,  
47 dass Fragen von LGBTI-Menschenrechten in der großen Koalition ausschließlich auf den  
48 Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung delegiert werden.

49

## 50 **Wirtschaftliche Zusammenarbeit**

51 Wir fordern eine wertegebundene wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Schwellen- und  
52 Entwicklungsländern – so wie sie unter dem liberalen Entwicklungsminister Dirk Niebel  
53 umgesetzt wurde. Regierungen, die Strafen gegen LGBTI nicht abbauen, sondern  
54 verschärfen, müssen mit Kürzungen der Entwicklungszusammenarbeit rechnen. Dabei  
55 muss insbesondere die Budgethilfe gestrichen werden. Projekte für die Bevölkerung vor  
56 Ort sollten weitergeführt werden, um LGBTI nicht zu Sündenböcken für die Armut der  
57 Bevölkerung zu machen. Allerdings müssen Projekte in den betreffenden Ländern stets  
58 mit einer klaren Kommunikation von Diversity und Nicht-Diskriminierung verbunden  
59 werden.

60 Die Liberalen Schwulen und Lesben fordern den Bundesminister für wirtschaftliche  
61 Zusammenarbeit und Entwicklung auf, sein Schweigen zu Menschenrechtsfragen – nicht  
62 nur, aber auch hinsichtlich der Menschenrechte von LGBTI – zu beenden und die  
63 deutsche Entwicklungszusammenarbeit wieder in den Dienst der Menschenrechte zu  
64 stellen.

65

## 66 **Förderung von Capacity Building und Selbstorganisation von LGBTI vor Ort**

67 Das Auswärtige Amt und das Entwicklungsministerium haben insbesondere in der  
68 Regierungszeit der Freien Demokraten die Förderung von LGBTI-Projekten ausgebaut  
69 und neben Capacity Building und Aktivisten-Vernetzung auch konkrete Projekte der  
70 Selbstorganisation vor Ort gefördert. Diese Politik muss engagiert fortgeführt und  
71 ausgebaut werden. Die Projektförderung lokaler Gruppen der Selbstorganisation sollte  
72 mit anderen führenden Geberländern (z.B. Schweden, Norwegen, Niederlande)  
73 abgestimmt werden.

74

## 75 **Asyl und Flüchtlinge**

76 LGBTI werden in zahlreichen Ländern massiv diskriminiert und verfolgt. Diese  
77 Verfolgung geht teilweise von staatlichen Stellen, teilweise von organisierten  
78 terroristischen Bewegungen wie dem Islamischen Staat oder religiösen bzw.  
79 nationalkonservativen Organisationen aus. Teilweise besteht sie aber auch ganz  
80 allgemein in weiten Teilen der Gesellschaft.

81 LGBTI müssen deshalb oft die Flucht aus ihren Heimatländern ergreifen. Sie riskieren  
82 auch während der Flucht oder bei der Ankunft in aufnehmenden Ländern, weiter  
83 diskriminiert zu werden. Es ist nicht immer einfach, über die Homo-, Bi-, Trans- und  
84 Intersexualität von Flüchtlingen zu kommunizieren. Viele haben panische Angst davor,  
85 dass ihre sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität anderen bekannt wird und  
86 sie wieder um Leib und Leben fürchten müssen. Sie halten ihre sexuelle Orientierung  
87 oder Identität deshalb sowohl vor Offiziellen, als auch vor Mitflüchtenden geheim.

88 Die Liberalen Schwulen und Lesben fordern deshalb:

- 89 - alle EU-Länder müssen Verfolgung wegen sexueller Orientierung und  
90 geschlechtlicher Identität als Fluchtgrund aus Ländern anerkennen, wobei dies  
91 auch während des Asyl-Verfahrens berücksichtigt werden muss
- 92 - betreuendes Personal und Offizielle in Flüchtlingslagern und aufnehmenden  
93 Ländern müssen darin geschult sein, für LGBTI zu sensibilisieren, entsprechende  
94 Gespräche mit LGBTI zu führen, über die Rechtslage zu informieren und für Ihren  
95 Schutz zu sorgen.
- 96 - sind Übersetzer oder Ärzte notwendig, muss sichergestellt werden, dass sich  
97 LGBTI auch bei diesen Personen uneingeschränkt sicher fühlen können.

98

### 99 **Abbau von Diskriminierung in der gesamten EU**

100 Innerhalb der Europäischen Union bestehen nach wie vor höchst unterschiedliche  
101 rechtliche Situationen für LGBTI. Wir fordern, dass einheitlich in allen Ländern der  
102 Union alle Formen der Diskriminierung abgeschafft werden. Bei allen EU-  
103 Beitrittskandidaten ist nachdrücklich eine zügige rechtliche Gleichstellung von Lesben,  
104 Schwulen und Bisexuellen sowie einen angemessenen Rechtsrahmen für Inter- und  
105 Transsexuelle einzufordern.

106

### 107 **Inklusion von Trans- und Inter-Menschenrechtsfragen**

108

109 Themen von trans- und intersexuellen Menschen bleiben noch unsichtbarer als die von  
110 Lesben, Schwulen und Bisexuellen. Ihre gesellschaftliche und rechtliche Situation muss  
111 in den Menschenrechtsdialog einbezogen werden. Außerdem stellt die Entscheidung der  
112 WHO, Transsexualität aus der Liste der Krankheiten zu streichen, zwar einerseits einen  
113 Schritt zu Nicht-Diskriminierung dar, andererseits muss aber international darauf  
114 hingewirkt werden, dass geschlechtsangleichende Operationen künftig weiter von den  
115 nationalen Gesundheitssystemen finanziert werden.

116